



Presseschau vom 08.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Exklusiv-Interview mit dem Botschafter Kubas: "Die USA sprechen uns jedes Recht auf Souveränität ab"**

Ramón Ripoll Díaz ist der kubanische Botschafter in Deutschland. Im Gespräch mit RT-DE-Redakteur Florian Warweg spricht er über die Hintergründe der Proteste auf der Karibikinsel Mitte Juli, die permanenten Sabotageaktivitäten der USA und das deutsch-kubanische Verhältnis. ...

<https://kurz.rt.com/2n6j>

de.rt.com: **Zwischen Putsch, Rohstoffen und Armut – Guinea am Scheideweg**

Am Sonntag putschten Teile einer Spezialeinheit in Guinea. An deren Spitze steht der auch in Frankreich und den USA ausgebildete Oberstleutnant Mamady Doumbouya. Wie so oft, handelt es sich auch bei Guinea um ein afrikanisches Land mit enormen Rohstoffvorkommen. Auch China und Russland sind vor Ort aktiv. ...

<https://kurz.rt.com/2ndw>

de.rt.com: **Einsatz des US-Militärs in Konfliktgebieten: Mindestens 22.000 zivile Opfer**

Eine unabhängige NGO rechnet nach, wie hoch die Zahl der zivilen Opfer durch Einsätze des US-Militärs in Konfliktgebieten bis dato ist. Mindestens 22.000, vielleicht sogar 48.000 könnte die Zahl der getöteten Zivilisten betragen. Die Invasion im Irak steht hier an der

Spitze. ...

<https://kurz.rt.com/2ngs>

Maria Müller: Neue Studien belegen: Grippe-Impfung kann gegen Symptome von COVID-19 helfen

Gleich zu Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 wurde der Grippe-Impfung eine Absage erteilt: Sie sei gegen SARS-CoV-2 wirkungslos. Das weltweite Netz der Faktenchecker räumte sie als mögliches Corona-Medikament aus dem Weg. Die angekündigten Impfstoffe der Big-Pharma-Konzerne galten von vornherein als konkurrenzlos. Doch neue Studien belegen: Die damalige Darstellung war falsch. ...

<https://kurz.rt.com/2nd2>

de.rt.com: Privatsphäre ade? – Zeitarbeiter bei WhatsApp lesen Chats mit

Angeblich kann niemand WhatsApp-Nachrichten mitlesen, nicht einmal die Angestellten des Unternehmens, wie es immer wieder heißt. In der Tat sind es extern Beschäftigte, die jedoch sehr wohl Zugang zu den Inhalten des Messaging-Dienstes haben. ...

<https://kurz.rt.com/2nhg>

de.rt.com: Wieso gibt es für 2021 mehr Meldungen über Impfnebenwirkungen als in den letzten 20 Jahren zusammen?

Dem Paul-Ehrlich-Institut wurden in den letzten sieben Monaten allein für Covid-19-Impfstoffe mehr als doppelt so viele Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen und bleibende Schäden gemeldet als in den letzten 20 Jahren für die Gesamtheit aller in Deutschland verimpften Vakzine. RT bat vor diesem Hintergrund das Gesundheitsministerium auf der Bundespressekonferenz um eine Erklärung. ...

<https://kurz.rt.com/2nhw>

abends/nachts:

snews.cd: Mann stiehlt 67 Kilogramm Gold und wird von Russland an Deutschland ausgeliefert

Ein Mann soll in einem Betrieb in Regensburg Edelmetall im Wert von mehr als zwei Millionen Euro entwendet und außerdem mit Drogen gehandelt haben. Zeitweise hielt er sich in Russland auf. Jetzt wartet ein Prozess in Deutschland auf ihn.

Der deutsche Staatsangehörige Waldemar Berger wird beschuldigt, in den Jahren 2013 bis 2016 im Regensburger Betrieb der Osram Opto Semiconductors GmbH circa 67 Kilogramm Gold entwendet und anschließend für über zwei Millionen Euro verkauft zu haben. Außerdem soll er in den Jahren davor mehrmals Marihuana unter anderem für den Weiterverkauf erworben haben. Das Landgericht Regensburg erließ einen Haftbefehl, nach Berger wurde international gefahndet.

Zuletzt hielt sich Berger in Russland auf. Russische Ermittler haben ihn im Rahmen der internationalen Amtshilfe gestellt und an deutsche Behörden übergeben. Die russische Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dem Ersuchen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz über die Auslieferung von Waldemar Berger entsprochen zu haben. In Deutschland kommt auf ihn ein Verfahren wegen Diebstahls und Handels mit Betäubungsmitteln zu.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/06/1584813_0:0:1280:720_1920x0_80_0_0_9c6be5c49fe6a2ba53bcb60da8ac20b3.jpg

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Die ukrainische Aggression bringt den Einwohnern unserer Republik weiter Schmerz und Leid. Heute wurde ein **Einwohner von Frunse**, geb. 1965, bei Wirtschaftsarbeiten auf seinem Gartenstück **durch eine Detonation verletzt**. Vermutlich ist die Ursache der Verletzung die Explosion eines nicht detonierten Geschosses, das zuvor von den Positionen der 57. Brigade beim Beschuss dieses Gebietes abgefeuert worden war.

Der Verletzte wurde mit zahlreichen Splitterverletzungen in der Stadt Krankenhaus von Kirowsk eingeliefert.

Aufgrund der Lebensgefahr empfehlen wir den Bürgern der Republik nachdrücklich, wachsam zu sein und bei der Entdeckung verdächtiger Objekte unmittelbar telefonisch die Notfalldienste des Zivilschutzministeriums, des Innenministeriums oder der Militärkommandantur zu benachrichtigen.

snanews.de: Ein Toter und vier Verletzte bei Angriffen auf türkische Militärbasis in Nordsyrien

Vier türkische Soldaten sind bei Raketenangriffen im Nordosten Syriens verletzt und ein weiterer getötet worden.

Wie die türkische staatsnahe Nachrichtenagentur DHA und die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichten, haben die kurdischen Kräfte Raketen auf eine türkische Militärbasis in der Nähe der Stadt Al-Bab abgefeuert. Daraufhin habe das Militär die kurdisch kontrollierten Gebiete beschossen, von denen die Angriffe ausgegangen seien, so DHA. Laut der Beobachtungsstelle hatte die türkische Armee bereits vorher kurdische Gebiete bombardiert.

Teile Nordsyriens stehen unter türkischer Kontrolle. Mit zwischen 2016 und 2018 gestarteten Militäroperationen hat die Türkei Teile der syrischen Grenzregion eingenommen. Die Operationen richteten sich gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS), aber auch gegen die Kurdenmiliz YPG. Für die Türkei ist die Kurdenmiliz YPG der syrische Ableger der PKK, die in der Türkei, Europa und den USA als Terrororganisation gilt. Auch die YPG sieht das Land darum als eine Terrororganisation. Die USA dagegen sehen in der YPG einen Verbündeten im Bürgerkriegsland Syrien.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1c/2996975_0:143:2913:1781_1920x0_80_0_0_67d6a9aacd54bc0ddb74c7a6bfc3d53c.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. September 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Shelobok wurde mit Granatwerfern beschossen (5 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.com: Von Nato ausgebildete afghanische Soldaten wechselten zu den Taliban – Zeitung

Eine bislang unbekannte Zahl afghanischer Soldaten, die von Briten und US-Amerikanern ausgebildet wurden, haben laut dem britischen Militär die Seite gewechselt und kämpfen nun für die radikal-islamistische Organisation Taliban*, die die Macht in Afghanistan ergriffen hat. Darüber berichtet die Zeitung „The Times“.

Es wird angenommen, dass afghanische Soldaten desertierten, nachdem die letzte noch nicht unter Taliban-Kontrolle stehende afghanische Provinz Pandschir Anfang der Woche eingenommen wurde. Britische Offiziere haben Fotos der Taliban analysiert, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind, unter anderem von der Endschlacht um Pandschir. Sie glauben, dass die Taliban-Kämpfer Techniken zeigen, die ihnen von Nato-Ländern und zwar von Großbritannien und den USA beigebracht wurden.

Es sei möglich festzustellen, wer von den Kämpfern vom Westen ausgebildet wurde, hieß es. Ein britischer Militärangehöriger wies auf einem Foto auf einen „geraden Finger“ über dem Abzugsbügel hin, als ein Kämpfer eine Waffe hält. Dies deute darauf hin, dass dieser Kämpfer eine westliche Ausbildung erhalten hatte. Die Taliban-Veteranen halten, dem Sprecher zufolge, ihre AK-47 (Kalaschnikow-Sturmgewehr) eher „auf zufällige Weise“. Beim „geraden Finger“ gehe es um eine Sicherheitsmaßnahme, die Soldaten von westlichen Ausbildern beigebracht wurde, hieß es.

Ein weiterer britischer Militärangehöriger sagte, die Taliban hätten strenge Disziplin, was auch für ihre Ausbildung spricht. Die Geheimdienstexpertin des Analysedienstes „Dragonfly“, Barbara Kelemen, räumte eine „angemessene Wahrscheinlichkeit“ ein, dass einige afghanische Soldaten desertierten und sich auf die Seite der Taliban gestellt hätten. Gründe dafür könnten ihr zufolge sein: frühere Verbindungen zu den Taliban, wirtschaftliche Vorteile

und sogar die Suche nach persönlicher Sicherheit.

Es gibt bislang aber keine offizielle Bestätigung dafür, dass afghanische Soldaten auf der Seite der Taliban kämpfen.

Früheren Berichten zufolge verfügen die Taliban über 48 Flugzeuge und Hubschrauber, die die USA im Land während ihres Abzugs verlassen haben.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/06/3481886_0:127:2727:1661_1920x0_80_0_0_59d9da1c77b4562bf31593f34ae83.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 7. September 3:00 Uhr bis 8. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaften **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Leninskoje, Kominternowo.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 25.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: Laschet fordert mehr Handlungsfähigkeit der EU im Sicherheitsbereich

Für einen Ausbau des europäischen Sicherheitssystems hat sich Unionskanzlerkandidat Armin Laschet kurz vor der Bundestagswahl ausgesprochen. Aus Sicht des CDU-Politikers lassen Bedrohungen wie Cyberkriminalität oder Terrorismus die Grenzen schmelzen. Deshalb müssten auch Sicherheitsbehörden wie „Frontex“ oder „Europol“ gestärkt werden.

„Bei der Sicherheit können wir schon längst nicht mehr allein in nationalen Kategorien denken“, erklärte Laschet am Mittwoch kurz vor seinem Besuch bei dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

„Denn wir erleben Bedrohungen, bei denen Grenzen an Bedeutung verlieren“, zitiert ihn die

Nachrichtenagentur DPA. Das gelte für grenzüberschreitende Kriminalität, Extremismus, Cyberkriminalität und auch internationalen Terrorismus.

Der CDU-Bundesvorsitzende forderte, die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU auszubauen. Das umfasse den Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex, die Entwicklung von Europol „zu einer Art europäischem FBI in Fragen der Cybersicherheit“ sowie Kooperationszentren für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa.

In Paris beginnt am Mittwoch der Terrorprozess um die Attentate vom 13. November 2015, bei denen in und um Paris 130 Menschen getötet wurden. Mit Blick darauf sagte Laschet, es seien Attentate auf die freiheitliche Lebensweise in Europa gewesen. „Sie mahnen uns, unsere Werte und Rechte entschlossen zu verteidigen.“

Laschet reist rund zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl offiziell in seiner Funktion als deutsch-französischer Kulturbevollmächtigter nach Paris. Am Montag war bereits Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz zu Gast beim französischen Präsidenten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3249932_0:0:3405:1915_1920x0_80_0_0_79ccc1fc0fc83431cfc61a436531ad44.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. September um 9:00 Uhr 9890 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 7685 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 978 Todesfälle.

de.rt.com: Bilanz des Afghanistan-Krieges: Adenauer-Stiftung lobt die erste "Offensive" der Bundeswehr

Auf einer Fachkonferenz, die von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung mitorganisiert wurde, haben Teilnehmer des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan über die Lehren des Krieges an der Seite der USA diskutiert. Ein afghanischer Arzt und Gesundheitsexperte redete dabei Klartext über die Fehler des Westens.

Das gemeinsame Online-Seminar der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und dem Analytischen Zentrum CASSIS von der Universität Bonn sollte eine Bilanz aus dem Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan ziehen – "mit Licht und Schatten", wie es hieß. Unter den eingeladenen Experten gaben vor allem der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr (von 2009 bis 2013) Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz und der Arzt und Berater des afghanischen Hochschulministeriums Dr. Yahya Wardak den Ton an.

Die deutschen Streitkräfte seien in Afghanistan "während ihrer ersten Offensive seit dem zweiten Weltkrieg" an der Seite ihrer engsten Verbündeten erwachsen geworden, lobten die Veranstalter im Einführungstext und richteten zugleich Fragen an die Teilnehmer:

„Wie konnte das Wiedererstarken der Taliban so lange unterschätzt werden? Wie ist die Bundeswehr durch den schwierigsten Einsatz seit ihrer Gründung geprägt worden? Hat sich der vernetzte Ansatz am Hindukusch bewährt?“

Der Nahost- und Afghanistan-Experte Bastian Matteo Scianna rief dazu auf, dem Karussell der Empörung über das angebliche Afghanistan-Desaster ein Ende zu setzen. Es sei eben kein zweites Vietnam gewesen. Er verwies dabei auf die Erfolge beim Kampf gegen das Analphabetentum und im Gesundheitswesen. In dem Land sei eine neue, modern denkende Generation aufgewachsen, betonte er. Den Vergleich mit einer "Offensive im Zweiten Weltkrieg" fand er nach dem Hinweis des Fragestellers von RT DE "unglücklich".

In seiner Bewertung war er sichtlich geneigt, das Problematischste in erster Linie in der afghanischen Korruption zu suchen. Die Ausbildung einer Armee in derartiger Zahlenstärke sei ein Fehler gewesen. Sie habe eher der Kontrolle der internen Bevölkerung und als Feuerwehrtuppe für die Regierung des Ex-Präsidenten Ghani gedient. Den Zusammenbruch der afghanischen Armee hat er mit der Niederlage der von den USA aufgebauten irakischen Armee angesichts des IS im Jahr 2014 verglichen.

"Das passiert, wenn wir uns mit westlichen Vorstellungen und unseren bürokratischen Strukturen in solche Länder begeben."

Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz, der mehrere Jahre die Streitkräfte der Bundeswehr in Afghanistan befehligte, sah den deutschen Einsatz als nur einen unter vielen. Dies sei der größte Einsatz der Vereinten Nationen in ihrer Geschichte gewesen, betonte er, denn daran wären 85 Nationen und 50 internationale Organisationen beteiligt gewesen.

Dennoch wären politische Fehler begangen worden – angefangen von den verfrühten Abzugsplänen der Obama-Regierung. Er verwies auf die guten Zustimmungswerte der Regierung in Kabul in den Jahren 2010/2011 unter der afghanischen Bevölkerung. "Und dann kam die Abwärtsspirale." Die Fortschritte in Afghanistan seien zu diesem Moment nicht nachhaltig genug gewesen.

Er erinnerte auch an den zuvor begangenen Fehler der ersten Regierung von Karzai im Jahr 2007, nämlich die Amnestie für Warlords zu erlassen. Die Straffreiheit für die Warlords sei der größte Sündenfall gewesen, so Glatz. "Das ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer [der Kriegsverbrechen] – und der internationalen Unterstützer der Karzai-Regierung", schrieb damals die deutsche Presse zu der Entscheidung.

Er wies auf sehr hohe Verluste der afghanischen Streitkräfte in den Kämpfen gegen die Taliban in den letzten acht Jahren hin – bis zu tausend Kämpfer pro Monat. "Welche westliche Armee wäre unter so hohen Todeszahlen durchhaltefähig gewesen?" Als die Unterstützung der westlichen Verbündeten wegbrach und die Führungsspitze der Armee von den Taliban "weggekauft" worden sei, war auch der Widerstand zu Ende.

Der Generalleutnant zeigte sich skeptisch, dass Afghanistan in der absehbaren Zukunft zu Ruhe und Stabilität finden könne. Es seien insgesamt bis zu 20 Terrororganisationen in Afghanistan gelistet worden. Die Erfolge der Taliban könnten der terroristischen Szene einen Schub geben, weiter Terror zu betreiben.

General a.D. Egon Ramms von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. wies daraufhin, dass die Taliban schon seit Langem Schattenstrukturen in Städten und Dörfern für den Tag X aufgebaut hatten. Es sei erwiesen, dass die Taliban seit Mai 2020 den Provinzgouverneuren Angebote unterbreitet hätten – darunter auch denjenigen, die sich zuvor als Kämpfer gegen die Taliban gezeigt hätten. "Warum hat die Politik nicht aufgenommen, dass die Taliban auf der Rundreise waren?", fragte er.

Es habe schon frühzeitig Berichte an die Bundesregierung gegeben, und die hätte NATO-Leute informiert. "Warum musste aber das schlimmste aller Szenarien eintreten? Das macht nachdenklich." Das Zurücklassen der Kameraden (der Ortskräfte) sei für die Bundeswehrsoldaten bedrückend gewesen, ergänzte ihn Generalleutnant Glatz.

Einer der Berichterstatter über die Lage im Land war der afghanische Arzt und Berater der

Regierung in Kabul Dr. Yahya Wardak. In der Bewertung der Situation nahm er in der Diskussion kein Blatt vor dem Mund, indem er rhetorisch fragte:
"Sowohl die politische als auch die militärische Strategie der USA, der NATO und damit auch der Bundeswehr ist in Afghanistan gescheitert. Das habe ich vor vielen Jahren auch schon gesagt. Wofür sind Hunderttausende Menschen ums Leben gekommen? Wozu unsere Milliarden Steuergelder ausgegeben worden? Welchen Sinn und welchen Nutzen hat dieser Einsatz den Menschen und der Bevölkerung in Afghanistan gebracht?"
Als langjähriger Vorsitzender des "Afghanistan Information Center" Afghanic e.V. engagiert sich der in Bonn ansässige Arzt und gesellschaftlicher Aktivist für sein Heimatland. Experten, die die afghanische Armee und Regierung für das Vorrücken der Taliban verantwortlich machen, widersprach er.
Wenn schon die "beste Armee der Welt" zusammen mit der NATO und einer Allianz aus 46 Ländern die Taliban nicht besiegen könnten, dann sei es auch nicht zu erwarten, dass dies die afghanische Armee allein machen kann. "Das war schon lange ein verlorener Krieg", betonte er. Es seien die USA gewesen, die Afghanistan den Taliban bereits mit dem Doha-Abkommen Anfang 2020 überlassen hatten.
In einem anderen Redebeitrag wies der Ex-Regierungsberater darauf hin, dass die USA noch vor vierzig Jahren Tausende arabische Kämpfer und Hunderttausende Mudschahedin und darunter sogar den späteren Top-Terroristen Osama Bin Laden mit Milliarden von Dollar unterstützt hatten. "Sie standen auf der CIA-Gehaltsliste."
"Später haben sie sich verselbstständigt", sagte Wardak. "Es ist wichtig, diesen Teil der Geschichte nicht zu vergessen, wenn man über Terroristen spricht."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613784fcb480cc4b4a374fab.jpg>

Mzdnr.ru: Am 7. September wurden in der DVR 794 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 221 positiv, bei 71 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt..

Am 8. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 58974 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7497 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 47.123 als gesund entlassen, es gibt 4354 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 214 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 47 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 124 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2726 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 916 mit Sauerstoffunterstützung (+70 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2251 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

rusvesna.su: **Parteien, die für die Wahlen zur Staatsduma kandidieren, haben erklärt, wie das Problem des Donbass zu lösen ist**

Die Behörden der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) gehen von der Möglichkeit des Beitritts zu Russland aus.

Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte jedoch, er habe keine Informationen über "irgendwelche Schritte in Richtung Russland" seitens der Republiken. Die russische Seite, sagte er, "plant nicht, jemanden zu absorbieren".

Vom Sender RBK wurden die Führungen von 14 politischen Parteien, die an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen, gebeten, ihre Meinung zu den Diskussionen über einen möglichen Beitritt der DVR und der LVR zu Russland zu sagen und wie ihrer Meinung nach das Problem des Donbass gelöst werden sollte.

Einiges Russland

Der Generalsekretär der Partei Andrej Turttschak erinnerte an die Worte von Präsident Wladimir Putin, dass Russland den Donbass niemals aufgeben werde.

„Das sollte der Ausgangspunkt sein“, sagte er.

Kommunistische Partei

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, ist überzeugt, dass die Frage des Beitritts der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu Russland in einem nationalen Referendum entschieden werden sollte.

Er selbst glaubt, dass "die absolute Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Russland stimmen wird", aber diese Entscheidung "muss auf legale und zivilisierte Weise formalisiert werden".

Liberaldemokratische Partei

Der LDPR-Vorsitzende Wladimir Schirinowski glaubt, dass Russland "nicht nur den Donbass, sondern ganz Novorossia" einbeziehen sollte.

„Die beste Lösung ist die Aufteilung der Ukraine in Galizien und Kleinrussland“, sagte er. Laut Schirinowski werden sich "alle Russophoben im westlichen Teil versammeln", und die südöstliche Ukraine "wird dem Weg der Krim folgen".

Gerechtes Russland - Für die Wahrheit

Der Co-Vorsitzende der Partei, Sachar Prilepin, sagte, dass "die gesamte Ukraine ein Teil Russlands werden sollte".

Jabloko

Russland solle laut dem Parteivorsitzendem Nikolaj Rybakow "die Militärintervention im Donbass stoppen" und die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen.

Er erinnerte an den Friedensplan des Jabloko-Gründers Grigorij Jawlinski:

- Abschluss eines Abkommens über den vorübergehenden Status von Gebieten mit einem besonderen Verfahren für die Selbstverwaltung;
- Übertragung von Strafverfolgungs- und Justizbehörden an internationale Strukturen unter der Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrats;
- Einrichtung der Vormundschaft der Länder der Normandie Vier;
- Einführung des Regimes der Sonderwirtschaftszonen.

Nachdem sich die Lage stabilisiert habe, sollten die Regionen Donezk und Lugansk in die Ukraine zurückkehren, sagte Rybakow.

Neue Menschen

Der Gründer der Partei, Alexej Netschajew, hält es für notwendig, die Meinung der Menschen sowohl in den Republiken als auch in Russland einzuholen: "Lasst sie entscheiden."

Er schlug auch vor, die Minsker Vereinbarungen nicht zu vergessen.

Rodina

Der Vorsitzende der Rodina-Partei, Alexej Schurawlew, glaubt, dass Donbass "wie die Krim früher oder später nach Russland zurückkehren wird".

Dies werde seiner Meinung nach nicht nur die LVR und die DVR betreffen, sondern auch

einige andere Regionen, "die sich aufgrund der Unvorsichtigkeit der kommunistischen Behörden der UdSSR plötzlich in einer Art Schock in der Struktur der Ukraine wiederfanden".

Partei des Wachstums

Irina Mironowa, die Spitzenkandidatin der Partei, ist überzeugt, dass Russland sich in dieser Angelegenheit von seinen eigenen Interessen leiten lassen sollte, "nämlich zu verstehen, was bei einer solchen Entscheidung überwiegt: Nutzen oder Schaden".

"Bisher hat niemand von einem Schaden gesprochen", sagte sie.

Partei der Rentner

Parteichef Wladimir Burakow nannte die Lage in der Ukraine eine Folge des Zusammenbruchs der UdSSR. „Ähnliche interne Konflikte gab es und gibt es auf dem Territorium einer Reihe anderer ehemaliger Sowjetrepubliken“, sagte er.

Um sie zu lösen, ist es laut Burakow notwendig, den Willen der Bürger und die Normen des humanitären und internationalen Rechts zu berücksichtigen.

Kommunisten Russlands

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei, Maxim Suraikin, sagte, die politische Partei befürworte die Anerkennung der Unabhängigkeit von LVR und DVR.

Die Entscheidung über ihren Beitritt zu Russland sollte von der Bevölkerung dieser Republiken und den Russen getroffen werden, sagte er. Laut Suraikin muss die russische Seite Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe festlegen.

Vor allem müsse Moskau verstehen, wofür dieses Geld ausgegeben werde, "damit die Staaten wirklich modern, komfortabel, demokratisch und sicher werden".

Partei der Freiheit und Gerechtigkeit

Der Führer der RPSSM Maxim Schewtschenko sprach sich für die Souveränität der DVR und LVR aus. "Ein Teil Russlands zu werden bedeutet" seiner Meinung nach „einfach, Eigentum russischer Oligarchen zu werden".

Zivile Plattform

Der Vorsitzende des politischen Komitees der Partei, Rifat Schajchudinow, ist der Meinung, dass das Donbass-Problem im Rahmen der Minsker Vereinbarungen gelöst werden sollte, sofern diese als gültig anerkannt werden.

Grüne

Der Parteivorsitzende Andrij Nagibin stellte fest, dass der Status des Donbass ein internes Problem der Ukraine sei und Umweltschützer sich nicht damit befassen sollten.

„Was uns wirklich beunruhigt, ist der katastrophale ökologische Zustand dieser Gebiete“, fügte er hinzu.

Grüne Alternative

Die Partei hat die Frage nicht beantwortet.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/pamyatnik_osvoboditelyam_donbassa.jpg

Dnronline.su: Die Miliz des Donbass hat im Jahr 2014 die Taten ihrer heldenhaften Vorfahren wiederholt. Sowjetische Truppen haben 1943 zweimal Saur Mogila eingenommen, vor sieben Jahren haben die Milizen des Donbass an demselben Ort zweimal in schweren Kämpfen mit den überlegenen Kräften der ukrainischen Kämpfer standgehalten, daran erinnerte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

- Denis Wladimirowitsch, am 8. September ist der Tag der Befreiung des Donbass. In diesem Jahr wird im Zentrum der Feiern in der Republik der bedeutsame Denkmalkomplex auf Saur Mogila stehen. Was bedeutet dieser Feiertag für die DVR?

- In diesem Jahr begeht die Donezker Volksrepublik den 78. Jahrestag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern. Wenn wir diesen Feiertag begehen, erinnern wir uns nicht nur an unsere heldenhafte Vergangenheit, sondern blicken auch in die Zukunft, in der das Donezker Land vollständig frei von den ukrainischen Besatzern sein wird. Die Volksmiliz des Donbass hat 2014 die Taten ihrer heldenhaften Vorfahren wiederholt. Saur Mogila, die beherrschende Höhe des Donezker Gebirges, 1943 haben die sowjetischen Truppen sie zwei mal eingenommen. Vor sieben Jahren haben die Milizen des Donbass zwei mal in schweren Kämpfen den überlegenen Kräften der ukrainischen Kämpfer standgehalten. 1943 begann mit der Befreiung von Saur Mogila der Siegeszug der sowjetischen Armee im Donezker Land. 2014 war die Kontrolle über die Höhe auch der Start für die militärischen Befreiungskampagne.

Der 8. September ist für die Einwohner des Donbass ein symbolischer Tag. Er begeistert uns, gibt Kraft im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit. Heute tun wir alles uns mögliche für unseren endgültigen Sieg.

- In der Republik ist geplant ein Treffen von Veteranen durchzuführen. Wer versammelt sich zum welchem Zweck?

- Das Treffen der Veteranen „Verteidiger Russlands“ findet im Rahmen der Feiern des Jahrestags der Befreiung unseres Gebietes von den faschistischen deutschen Besatzern statt. Am 8. September wird auch der Tag des militärischen Ruhms Russlands, der Tag der Schlacht bei Borodin der russischen Armee mit der Armee Napoleons im Vaterländischen Krieg 1812 begangen.

Das Treffen findet an einem für uns heiligen Ort statt – auf dem Hügel Saur Mogila. Wir erwarten Gäste aus der RF, der LVR und Südossetien. Die Beteiligung von mehr als 5000

Helden ist geplant – Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs, Teilnehmer der Antiterror-Operationen im Nordkaukasus, der militärischen Konflikts in verschiedenen Orten der Welt sowie Soldaten der Volksmiliz des Donbass.

Dies ist eine präzedenzlose Zusammensetzung und Anzahl von Teilnehmern, nicht nur für uns, sondern auch für Russland. Um das Andenken von Helden früherer Zeiten zu ehren, versammeln sich ihre Nachfahren – Veteranen verschiedener Generationen, die die Stafette des Gedenkens an ihre Nachkommen weitergeben. Unsere Kinder müssen von ihrer Herkunft von Helden erfahren.

An diesem Tag werden die jüngsten Patrioten des Donbass – Mitglieder der gesellschaftlichen Organisation „Junge Garde – Jungarmee“ ihr Gelöbnis ablegen. Außerdem wird zu Ehren derjenigen, die ihr Leben für die Heimat gegeben haben, ein Gedenkstein eingeweiht und eine Alle der „gefallenen Verteidiger des Vaterlands“ gepflanzt. Auf Saur Mogila werden mehr als 500 Setzlinge aus verschiedenen Teilen Russlands gepflanzt werden. ...

nachmittags:

de.rt.com: **Leiter des russischen Katastrophenschutzministeriums bei Übungen ums Leben gekommen**

Jewgeni Sinitschew, der Leiter des russischen Katastrophenschutzministeriums, ist am Mittwoch bei einer Übung in der Stadt Norilsk ums Leben gekommen bei dem Versuch, das Leben eines weiteren Menschen zu retten. Laut Medienberichten stürzte er von einer Klippe. Wie aus einer Mitteilung des Ministeriums hervorgeht, ist Sinitschew bei einer abteilungsübergreifenden Übung ums Leben gekommen, als er versuchte, das Leben eines weiteren Menschen zu retten. Wie RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan auf Telegram berichtet, handelte es sich um einen Kameramann, der von einer Klippe stürzte. Sinitschew soll versucht haben, ihn aufzufangen, und verletzte sich dabei tödlich. Der Kameramann soll ebenfalls ums Leben gekommen sein.

Sinitschew leitete das Ministerium seit dem Jahr 2018.

Kremlsprecher Dmitri Peskow bestätigte, dass der russische Präsident Wladimir Putin über den tragischen Vorfall informiert sei.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6138908748fbef48070f0872.jpg>

dan-news.info/dnronline.su: **Tag der Befreiung des Donbass**

Am 78. Jahrestag der Befreiung des Donbass haben sich am Denkmalkomplex „Saur Mogila“ im Osten der DVR etwa 6000 Menschen versammelt. Darunter sind Politiker, Veteranen, Aktivisten, Soldaten aus der RF, der DVR und der LVR.

Als ausländische Gäste sind u.a. das Staatsoberhaupt Südossetiens Anatolij Bibilow, der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Denis Miroschnitschenko sowie der stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrats der RF, der Sekretär der Partei „Einiges Russland“ Andrej Turtschak anwesend.

Am heutigen Tag findet ein Treffen von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, des sowjetischen Krieges in Afghanistan, des Krieges in Tschetschenien, Abchasien, Transnistrien, Südossetien und im Donbass stattfinden. Auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin nimmt daran teil.

Auf Saur Mogila wurde zu Ehren der Gefallenen ein „Russischer Wald“ gepflanzt, 800 Setzlinge, die aus verschiedenen Regionen Russlands kommen, wurden gesetzt.

Mehr als hundert Menschen erhielten Auszeichnungen. Denis Puschilin übergab als erstes eine postume Auszeichnung „Für Verdienste gegenüber der Republik“ für die Kriegskorrespondentin Jekaterina Wassilenko (Katja Katina) an deren Familie. Außerdem wurden Familien gefallener Soldaten drei Medaillen „Für Kühnheit“ und ein Georgskreuz überreicht.

Dann erhielten Vertreter der russischen Veteranenorganisation „Kampfbruderschaft“, der Organisation „Union der Freiwilligen des Donbass“ Soldaten, Mitarbeiter der militärischen Einrichtungen, Rettungskräfte, Journalisten Auszeichnungen.



https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2021/09/Saur_070921_2.jpg



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2021/09/dan-news.info-2021-09-08_12-19-20_063487-den-osvobozhdenija-donbassa-saur-mogila-10-1024x683.jpg

snanews.de: **Mercosur-Mitglied schert aus: Uruguay strebt Freihandelsabkommen mit China an**

Uruguay will offenbar ein bilaterales Freihandelsabkommen mit China schließen, außerhalb des südamerikanischen Wirtschaftsbündnisses Mercosur, zu dem das Land gehört. Dies kündigte der uruguayische Präsident Luis Lacalle Pou an.

Wie das Präsidialamt mitteilte, traf sich der uruguayische Staatschef am Dienstag (Ortszeit) mit Vertretern aller im Parlament vertretenen politischen Parteien, um sie über die jüngsten Fortschritte bei den Handelsabkommen mit Drittländern, insbesondere mit der Volksrepublik China, zu informieren.

Die uruguayische Regierung habe ein formelles Angebot der Volksrepublik China erhalten, eine Durchführbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern zu erstellen und, falls es eine Einigung geben werde, ein solches Freihandelsabkommen auch in einen Textentwurf zu , teilte er mit.

Peking gehe davon aus, dass die Studie bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werde.

„Heute hat Uruguay auf Worte Taten folgen lassen. Wir öffnen uns der Welt, um Wohlstand zu schaffen“, äußerte Lacalle Pou.

Eigentlich dürfen die Mercosur-Mitgliedsstaaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay nur gemeinsam mit Drittstaaten über Freihandelsabkommen verhandeln. Uruguay und Brasilien treten dafür ein, das südamerikanische Handelsabkommen Mercosur flexibler zu gestalten, damit jedes Mitglied bilaterale Abkommen außerhalb des Blocks schließen könnte. Vor allem Argentinien lehnt jedoch diese Initiative ab, um seine Wirtschaft vor der internationalen Konkurrenz zu schützen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/08/3507842_0:0:1660:935_1920x0_80_0_0_3d341936ff24ff2df96c73188a4aa81b.jpg

Dan-news.info: In Donezk findet heute eine Versammlung von Anhängern der Partei „Einiges Russland“ statt, an der auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin teilnimmt. Dort finden eine Reihe runder Tische zur Entwicklung des Donbass statt sowie Diskussionen über das Programm der russischen Partei.

snanews.de: **EU einigt sich auf Verlängerung von Russland-Sanktionen**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten (Coreper) hat am Mittwoch die Sanktionen gegen russische und ukrainische Einzelpersonen und Organisationen um weitere sechs Monate verlängert.

Diesen Personen und Organisationen wirft Brüssel angebliche „Untergrabung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine“ vor.

„Die Ständigen Vertreter der EU haben sich auf diesen Tagesordnungspunkt geeinigt, aber er muss noch durch ein schriftliches Verfahren genehmigt werden“, teilte ein Sprecher im EU-Rat mit.

Derzeit sind 177 Personen und 48 Organisationen von restriktiven Maßnahmen betroffen (im Oktober 2020 hat Brüssel zwei Einzelpersonen und vier Organisationen für den Bau der Krimbrücke auf die Liste hinzugefügt). Die Sanktionen wurden erstmals im März 2014 verhängt und werden seitdem regelmäßig um sechs Monate verlängert. Dazu gehören unter anderem Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten in der EU.

Die Schwarzmeer-Halbinsel Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1f/3430830_0:33:801:483_1920x0_80_0_0_307f49e83fa7a6750ac6cc15e98868ea.jpg

Wpered.su: Die Unterstützung der KPRF bei den Wahlen gewährleistet den Schutz und die Umsetzung der ureigensten Interessen der Einwohner des Donbass – Boris Litwinow

In der Mehrzahl der Stadt- und Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der DVR wurden Agitationsgruppen zur Information der Einwohner der Republik über das Wahlprogramm der KPRF zu den Wahlen zur Staatsduma der 8. Staatsduma der RF gebildet und sind aktiv. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Die Zahl der Einwohner der DVR, die einen russischen Pass erhalten haben, wird mit jedem Tag größer. Nach vorläufigen Informationen wird es bis zum Wahltag am 19. September mindestens 320.000 Einwohner der DVR Pässe haben. Aber die Zahl derjenigen, die die russische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, übersteigt die technischen Möglichkeiten der Migrationsdienstes zur Versorgung aller mit russischen Pässen bis zum Wahltag erheblich. Und dieses Problem ist eines derjenigen, das am häufigsten von Bürgern, die darauf warten, einen Pass zu erhalten, aufgeworfen werden.

Gleichzeitig ist die Wahlprozedur für Einwohner der Donezker und Lugansker Volksrepublik recht umständlich und organisatorisch schwierig. Die Zentrale Wahlkommission Russlands stellt einige Wahlmöglichkeiten für Bürger Russlands, die ihren ständigen Wohnsitz nicht in der Russischen Föderation haben, zur Verfügung. Die Hauptmöglichkeit ist die Abstimmung über das staatliche Dienstleistungsportal. Aber an der digitalen Abstimmung kann man nur dann teilnehmen, wenn man eine Rentenversicherungsnummer und die Bestätigung der Registrierung beim staatlichen Dienstleistungsportal erhalten hat. Die Behörden der Republik unternehmen nicht wenige organisatorische Anstrengungen, um den Bürgern das Durchlaufen der Prozeduren für die verschiedenen Registrierungsvorgänge zu erleichtern. Aber die Datenverarbeitungssysteme sind überlastet, deshalb zieht sich die Registrierung über 10 bis 15 Tage oder mehr.

Im Wissen um die ganze Schwierigkeit und die Neuheit dieser Prozedur zur Teilnahme an Wahlen für unsere Republik wurden auf dem Territorium der DVR 255 Konsultationspunkte mit Computern und technischen Beratern eingerichtet. An diesen Punkten können alle, die abstimmen wollen, ihr Recht wahrnehmen. Außerdem wird ein erheblicher Teil potentieller Wähler mit Bussen und Zügen in die Oblast Rostow zu den am nächsten liegenden Wahllokalen gebracht, wo die neuen Bürger Russlands werden abstimmen können.

All diese organisatorischen Momente rufen ein lebhaftes Interesse bei den Bürgern hervor, die sich mit den Agitatoren der KPRF unterhalten. Und die Hauptfragen für die Mehrheit sind, wann Russland die Ergebnisse unseres Referendum und unser Rechts auf die Entwicklung der selbständigen Staaten DVR und LVR anerkennen wird. Von der Anerkennung unserer

Staatlichkeit hängen auch die weiteren Schritte unserer Integration mit Russlands und anderen Staaten der Russischen Zivilisation ab.

Einwohner unseres Gebiets, die sich aufmerksam in die Agitations- und Informationsmaterialien einlesen, über die jahrelange Hilfe und Unterstützung der Republiken von Seiten der KPRF berichten, verurteilen die Informationspolitik sowohl der russischen als auch der republikanischen Massenmedien, die die enorme und vielseitige Arbeit verschweigen, die die KPRF seit mehr als sieben Jahren in Bezug auf unsere Republiken betreibt. Die Agitationsgruppen der Kommunistischen Partei der DVR nutzen die Möglichkeiten der Wahlkampfzeit und bemühen sich, Informationen über die Arbeit der KPRF bei der humanitären Unterstützung der Bevölkerung und der Verteidigung der ureigensten Interessen der Einwohner des Donbass an einen breiten Kreis von Einwohnern der Republik zu vermitteln.

Unsere Interessen können wir nur in gemeinsamer Arbeit und Kampf zur Verwirklichung des Programms der KPRF „10 Schritte zur Volksmacht“ umsetzen. Dazu ist es auch notwendig, bei den Wahlen am 19. September 2021 für die KPRF – Partei Nr. 1 – zu stimmen“, meint der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR, Vertrauensperson der KPRF Boris Litwinow.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/09/KPRF-3.jpg>

de.rt.com: **Übergangsregierung der Taliban: USA besorgt über "Verbindungen und Vorgeschichte" einiger Personen**

Die Taliban haben Teile eines Übergangskabinetts für Afghanistan vorgestellt. Vor allem eine Ernennung zog in Washington Aufmerksamkeit auf sich. Der neue Innenminister gehört zu den meistgesuchten Männern der US-Ermittlungsbehörde FBI. Auch Bundesaußenminister Heiko Maas zeigte sich besorgt.

Rund eine Woche nach dem Abzug der letzten US-amerikanischen Truppen aus Kabul haben die Taliban einen Teil der Übergangsregierung vorgestellt. Den Aussagen des Sprechers der militanten Gruppe, Sabiullah Mudschahid, zufolge, habe man sich darauf geeinigt, ein Übergangskabinett zu ernennen und bekanntzugeben, "um die notwendigen Regierungsarbeiten durchführen zu können". Besetzt sind bislang 33 Posten, weitere sollen sukzessiv erfolgen und bekanntgegeben werden.

In Washington zeigte man sich nach der Verkündung der ersten Namen besorgt. Vor allem die Wahl des Mannes für den Posten des Innenministers sorgte für Aufhorchen. Die Taliban entschieden sich, den Posten in die Hände von Siradschuddin Haqqani zu geben, dessen gleichnamiges Netzwerk von den USA als terroristische Gruppierung eingestuft wird. Auch Haqqani selbst wird von den US-Behörden als internationaler Terrorist eingestuft und gehört zu den meistgesuchten Männern der US-Ermittlungsbehörde FBI. Es wurde eine

Belohnung von bis zu fünf Millionen Dollar für Informationen ausgesetzt, die zu seiner Festnahme führen würden. Haqqani wird im Zusammenhang mit einem Anschlag auf ein Hotel in Kabul im Jahr 2008 gesucht, bei dem sechs Menschen, darunter ein US-amerikanischer Staatsbürger, getötet wurden. Zudem soll er an grenzüberschreitenden Anschlägen auf US- und Koalitionstruppen in Afghanistan beteiligt gewesen sein und 2008 ein Attentat auf den damaligen afghanischen Präsidenten Hamid Karzai geplant haben. Angesichts der "Verbindungen und der Vorgeschichte" einiger der von den Taliban benannten Personen, die Spitzenpositionen in der neuen afghanischen Regierung besetzen sollen, sei die Regierung in Washington beunruhigt, wird ein Sprecher des US-Außenministeriums in einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zitiert. Weiter heißt es:

"Wir bekräftigen auch unsere klare Erwartung, dass die Taliban sicherstellen, dass afghanischer Boden nicht dazu benutzt wird, andere Länder zu bedrohen und dass der Zugang zur Unterstützung des afghanischen Volkes weiterhin gewährt wird."

In Washington wurde zudem kritisiert, dass in dem nun vorgestellten Kabinett der Taliban kein Posten einer Frau anvertraut wurde. Die Regierung bestehe "ausschließlich aus Personen, die Mitglieder der Taliban oder ihnen nahestehende Personen sind, und keiner Frau", wird ein Sprecher des US-Außenministeriums weiter zitiert.

Bundesaußenminister Heiko Maas zeigte sich ebenfalls besorgt hinsichtlich der Postenvergabe in Afghanistan. Maas sagte am Mittwoch vor einem Treffen mit seinem US-Kollegen Antony Blinken:

"Die Verkündung einer Übergangsregierung ohne Beteiligung anderer Gruppen und die gestrige Gewalt gegen Demonstrantinnen und Journalisten in Kabul sind nicht die Signale, die (...) optimistisch stimmen."

Das Engagement des Westens werde aber vom Verhalten der Taliban abhängen, so Maas weiter. Vor seinem Treffen mit Blinken auf dem US-Stützpunkt in Ramstein betonte der SPD-Politiker die Notwendigkeit einer engen Abstimmung mit den USA beim Thema Afghanistan. US-Präsident Joe Biden erklärte derweil am Dienstag, dass beispielsweise China "Probleme mit den Taliban" habe. Nach dem vollständigen Abzug der USA aus Afghanistan werde Peking also demnächst versuchen, eine Vereinbarung mit der Gruppe zu treffen. "Genauso wie Pakistan, Russland und der Iran", so Biden weiter. "Es wird also interessant sein zu sehen, was passiert", ergänzte Biden.



SIRAJUDDIN HAQQANI



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61387c01b480cc346656815e.png>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 08.09.2021**
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **dreimal den zweiten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung **verletzt**.

In **Richtung Gorlowka** haben Besatzer der 10. Brigade die **Siedlung des Gagarin-**

Bergwerks in Gorlowka mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade **Leninskoje** und **Kominternowo** mit Antipanzerhandgranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Besatzer aus der 58. Brigade auf Befehl

Kaschtschenkos **Wesjoloje** am westlichen Rand von Donezk mit 120mm-Mörsern beschossen und 24 Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Es ist wichtig anzumerken, dass die ukrainische Terroristen das Feuer auf ein Wohngebiet unter Nutzung einer Drohne vom Typ „Quadrokopter“ leiteten, die von unseren Luftabwehreinheiten abgeschossen wurde.

Außerdem haben Besatzer aus der 128. Brigade das Feuer mit Granatwerfern verschiedener Art auf die Umgebung von Leninskoje und mit 82mm-Mörsern auf Besymennoje eröffnet und 10 Mörsergeschosse abgefeuert.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Außerdem haben Kämpfer der 128. Gebirgsturmbriade in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Talakowka stationiert.

Dabei hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 128. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Pischtschewik zu blockieren.

Unsere Aufklärung hat operative Informationen über die **Ankunft von vier Spezialisten für Scharfschützenangelegenheiten in der OOS-Zone** erhalten, diese sind Instruktoren im 169. Zentrum der Bodentruppen in Desna. Es ist wichtig anzumerken, dass alle vier **aktive Soldaten des 10. Fallschirmlanderegiments der Spezialoperationskräfte der US-Armee** sind und im Rahmen der Militärhilfe der NATO in der Ukraine sind.

Nach vorläufigen Informationen befinden sich die amerikanischen Instruktoren derzeit am Stationierungsort der 25. Brigade am nördlichen Rand von Awdejewka.

Außerdem hat das Kommando der OOS Anweisungen ausgegeben, dass je drei Scharfschützen aus jedem Verband, der sich in der Konfliktzone befindet, in die 25. Brigade abkommandiert werden, um Ausbildungs- und Qualifikationskurse zum Einsatz der ukrainischen Scharfschützenwaffe „UAR-10“ zu durchlaufen.

So befinden sich entgegen der Erklärungen sowohl der ukrainischen als auch der amerikanischen Politiker ausländische Instruktoren weiterhin in der OOS-Zone.

Wir schließen nicht aus, dass die Ausbildung ukrainischer Scharfschützen unter Kampfbedingungen erfolgen wird und dass Ziele für sie auf dem Territorium unserer Republik gewählt werden.

Dieser Sachverhalt bestätigt ein weiteres Mal, dass die Besatzer zu offen terroristischen Methoden der Kriegsführung greifen, weil Scharfschützenfeuer leicht vor den Beobachtern der OSZE-Mission zu verheimlichen ist, aber dabei gute Ergebnisse erzielen kann.

snews.de: **Syrische Armee erobert letzte Terrorhochburg im Süden des Landes**

Einheiten der syrischen Armee haben die Stadt Daraa eingenommen, die letzte Hochburg der radikalen Islamisten im Süden Syriens. Einige Terrorgruppen haben sich jedoch in der Stadt verschanzt.

Der Rückeroberung der Stadt Daraa durch die syrische Armee ging eine Einigung zwischen der Regierung in Damaskus und den Islamisten in Daraa voraus. Demnach müssen die Terrorkämpfer die Waffen niederlegen, in der Stadt sollen mehrere Posten zur

Lageüberwachung und Sprengstoffsuche stationiert werden. Wer von den Terroristen die Waffen nicht niederlegen will, soll die Stadt geordnet verlassen. Die Regierung stellt dafür mehrere Busse bereit.

Derzeit durchkämen syrische Soldaten nach Medienberichten die Stadt auf der Suche nach Waffen und Sprengsätzen. Einige Islamisten weigern sich, die erzielte Vereinbarung einzuhalten. Sie haben sich neu gruppiert und in einigen Stadtvierteln verschanzt.

Bereits letzte Woche hatten Mitglieder der islamistischen Kampfgruppen die Vereinbarung mit Damaskus verworfen und sich entgegen der Vereinbarung geweigert, schwere Waffen abzugeben. Bis dahin hatten allerdings an die 300 Islamisten den Kampf aufgegeben, die syrische Regierung stellte Busse zu ihrer Ausreise nach Jordanien bereit. Erst am Sonntag konnte unter russischer Vermittlung ein weiterer Waffenstillstand mit den Islamisten erzielt werden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/08/3510969_0:216:1440:1026_1920x0_80_0_0_0945b70988eba2bfd9343b20bd88580e.jpg

Mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade in Ausführung einer Aufgabe im Verband der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Gestern wurde bei Arbeit in seinem Garten **ein Einwohner von Frunse**, geb. 1965, **durch die Detonation eines zuvor nicht explodierten Geschosses**, das beim Beschuss dieses Gebiet von den Positionen der 57. Brigade abgefeuert worden war, **verletzt**. Der Verletzte wurde mit zahlreichen Splitterverletzungen in das Stadtkrankenhaus von Kirowsk eingeliefert, wo er qualifiziert ärztlich behandelt wird.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der

Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 17. Panzerbrigade, die Aufgaben im Verband der 57. Brigade ausführen, auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer des 17. Bataillons der 57. Brigade haben von den Positionen in den Gebieten von Krymskoje und Krjakowa aus **Sokoniki** mit Granatwerfern beschossen. ...

de.rt.com: **Kremlsprecher Dmitri Peskow: Bisher keine Verhandlungen mit Taliban geplant**

Moskau plant vorerst keine direkten Gespräche mit der neuen Übergangsregierung der Taliban in Afghanistan. Die Kontakte sollen bis auf Weiteres ausschließlich über die russische Botschaft in Kabul abgewickelt werden, teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch mit.

Bei einer Pressekonferenz in Moskau fragten die Journalisten den Pressesprecher des russischen Präsidenten, in welchem Format der Kreml einen Dialog mit den Vertretern der Taliban aufbauen will und wer daran beteiligt sein soll. Darauf erklärte Peskow der Nachrichtenagentur Interfax zufolge:

"Die Kontakte werden über unsere Botschaft in Kabul unterhalten. Jene Kontakte, die notwendig sind, um die Sicherheit unserer Diplomaten zu gewährleisten, sowie zu sonstigen technischen Fragen. Jegliche weiteren Kontakte sind bisher nicht geplant. Mittlerweile wird Russland wie auch die überwiegende Mehrheit der Länder weltweit sehr genau beobachten, welche Schritte diese neue Regierung unternehmen wird."

Auf die Frage, ob Russland seine Sicherheit durch die Taliban bedroht sieht, antwortete Peskow:

"Es gibt eine potenzielle Bedrohung, die von Afghanistan ausgehen kann. Wir haben schon oft darüber gesprochen. Dazu gehören sowohl der Drogenhandel, als auch terroristische Gruppierungen, die von dort durchsickern."

Zu der möglichen Anerkennung der neuen afghanischen Übergangsregierung sowie den Faktoren, die die Entscheidung Russlands in dieser Hinsicht beeinflussen könnten, äußerte sich der Kremlsprecher zunächst nicht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6138aba7b480cc714c132d85.jpg>

snews.de: **Petersburg erinnert an Beginn der Stadtblockade durch Hitler-Truppen vor 80 Jahren**

Die deutsche Wehrmacht hatte vor 80 Jahren die Stadt Sankt Petersburg, damals Leningrad, von allen Nachschubwegen abgeriegelt. Es folgte eine 900 Tage andauernde Blockade. Die Stadt und ihre Menschen erinnern heute an die Hunderttausenden Opfer dieses mit System

betriebenen Verbrechens.

Es sei ein schmerzlicher Tag, erklärte der Petersburger Gouverneur Alexander Beglow auf der Website der Stadtverwaltung: „Vor 80 Jahren begann die Leningrader Blockade. Es waren lange 900 Tage voller Kälte, Hunger, Beschuss und erbitterter Kämpfe.“

Bereits im Juli 1941 flog die deutsche Luftwaffe Angriffe gegen das damalige Leningrad. Am 4. September erfolgte der erste Artilleriebeschuss durch die Wehrmacht, vier Tage darauf war die Stadt an der Ostsee vom Rest des Landes abgeschnitten. Ziel der deutschen Faschisten war es, die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion systematisch auszuhungern.

„Selbst unter den unvorstellbaren Bedingungen lebte die Stadt weiter und arbeitete für den Sieg über den Feind“, heißt es in der Erklärung des Gouverneurs. Hunger leidend seien Abertausende Stadtbewohner ihrer schweren Arbeit weiter nachgegangen, um Rüstungsgüter für die Front und Anlagen für die Industrie herzustellen. Auch das Kulturleben sei nicht zum Erliegen gekommen. Im ersten Blockadewinter seien noch 39 Schulen in Betrieb gewesen. Am heutigen Mittwoch wurde in Sankt Petersburg über Lautsprecher eine stadtweite Schweigeminute angekündigt. An mehreren Orten legten Menschen Kränze an Denkmälern nieder. Es gelte, die Erinnerung an die Blockade wachzuhalten, erklärte Gouverneur Beglow. Dafür sei man gemeinsam verantwortlich. Eine eigens gegründete wissenschaftliche Einrichtung zur Erforschung der Blockade habe dieser Tage ihre Arbeit aufgenommen. „Auf öffentliche Initiative werden heute an 115 Orten der Stadt die Namen derer vorgetragen, die die Blockade nicht überlebt haben“, teilt der Gouverneur mit.

Die Blockade endete am 27. Januar 1944. Historikern zufolge starben in der Zeit mehr als eine Million Menschen. Im Frühjahr dieses Jahres zählten die Sankt Petersburger Behörden noch mehr als 63000 „Blokadniki“, wie die Überlebenden des Verbrechens genannt werden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/08/3511441_0:162:3001:1850_1920x0_80_0_0_d0c31fda5607ad9f57b4bb3120faa23.jpg